



**Satzung für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm
(Kindertageseinrichtungssatzung)
vom 10.12.2020**

Die Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm erlässt auf Grund der Art. 23 und Art. 24 Abs. 1 Nr. 1 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (Gemeindeordnung – GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 24. Juli 2020 (GVBl. S. 350) folgende Satzung:

§ 1

Gegenstand der Satzung; Öffentliche Einrichtung

- (1) Die Stadt betreibt ihre Kindertageseinrichtungen als öffentliche Einrichtungen. Ihr Besuch ist freiwillig. Durch die Inanspruchnahme nach Maßgabe dieser Satzung entsteht ein öffentlich-rechtliches Benutzungsverhältnis. Für die Aufnahme in eine der Kindertagesstätten sind eine Anmeldung der Personensorgeberechtigten und eine Aufnahmezusage der Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm notwendig.
- (2) Die Kindertageseinrichtungen sind:
 - die Kinderkrippen im Sinn von Art. 2 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) für Kinder überwiegend bis zu drei Jahren,
 - die Kindergärten im Sinn von Art. 2 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BayKiBiG für Kinder überwiegend im Alter ab drei Jahren bis zur Einschulung und
 - die Kinderhorte im Sinn von Art. 2 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 BayKiBiG für Schulkinder maximal bis zur Vollendung des vierten Schuljahres.
- (3) Das Betreuungsverhältnis in der Kinderkrippe endet mit der Vollendung des dritten Lebensjahres, jeweils zum Krippenjahresende (31. August), ohne dass es einer schriftlichen Kündigung bedarf.
- (4) Das Betreuungsverhältnis in den Kindergärten endet im jeweiligen Jahr der Einschulung zum 31. August, ohne dass es einer schriftlichen Kündigung bedarf.
- (5) Das Betreuungsverhältnis im Kinderhort endet mit der Vollendung des vierten Schuljahres zum 31. August, ohne dass es einer schriftlichen Kündigung bedarf.
- (6) Kinder, die bis 31. Oktober des jeweiligen Jahres drei Jahre alt werden, werden in den Kindergarten eingeteilt. Kinder, die nach dem 31. Oktober das dritte Lebensjahr vollendet haben, werden den Kinderkrippen bis zum Abschluss des Kitajahres zugeteilt.

§ 2

Personal

- (1) Die Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm stellt im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen das für den Betrieb ihrer Kindertageseinrichtungen notwendige Personal.
- (2) Die Erziehung der Kinder muss durch geeignetes und ausreichendes pädagogisches Personal gesichert sein.

§ 3

Beiräte

- (1) Für die Kindertageseinrichtungen ist jeweils ein Elternbeirat zu bilden. Befinden sich die Kinderkrippe und der Kindergarten in einer Einrichtung, wird ein Elternbeirat gebildet.

- (2) Für den Kinderhort ist ein separater Elternbeirat zu bilden, auch wenn der Hort Bestandteil eines Hauses für Kinder ist.
- (3) Befugnisse und Aufgaben des Elternbeirats ergeben sich aus Art. 14 des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes.
- (4) Aus den jeweiligen Elternbeiräten der Einrichtungen sollten sich ein Vertreter und ein Stellvertreter für den Gesamtelternbeirat zur Verfügung stellen.

§ 4

Aufnahme in die Kindertageseinrichtung

- (1) Die Aufnahme setzt die Anmeldung durch die Personensorgeberechtigten in eine der Kindertageseinrichtungen voraus. Anmeldungen sind jedes Jahr, in der von der Stadt Pfaffenhofen a. d. ILM durch ortsübliche Bekanntmachung festgesetzten Zeit, auf einheitlichen Anmeldebögen schriftlich vorzulegen. Der Anmeldende ist verpflichtet, bei der Anmeldung die erforderlichen Angaben zur Person des aufzunehmenden Kindes und des Personensorgeberechtigten zu machen.
- (2) Für den Kinderhort erfolgt der Antrag zur Aufnahme zeitgleich bei der Schulanmeldung.
- (3) Bei der Anmeldung des Kindes haben die Personensorgeberechtigten verbindlich im Voraus Buchungszeiten für das betreffende Betreuungsjahr festzulegen.
- (4) Die Aufnahme in die Kindertageseinrichtung erfolgt nach Maßgabe der verfügbaren Plätze. Eine Aufnahme kann nur erfolgen, wenn der altersentsprechende Nachweis über die Masernschutzimpfung oder der Nachweis über eine Immunität vorgelegt wird.
Bei fehlendem Nachweis kommt ein Betreuungsvertrag zustande, jedoch darf die Kindertagesstätte nicht betreten werden.
Sind nicht genügend Plätze verfügbar, wird eine Auswahl nach folgenden Kriterien getroffen:
 - Kinder, die in der Stadt wohnen,
 - Kinder, deren beide Personensorgeberechtigten berufstätig oder in Ausbildung sind;
 - Kinder, deren Mutter oder Vater allein erziehend, berufstätig oder in Ausbildung ist,
 - Kinder, deren Familie sich in einer besonderen Notlage befindet,
 - Kinder, die im Interesse einer sozialen Integration der Betreuung in einer Kindertageseinrichtung bedürfen
 - Altersstufe der Kinder (Vorschulkinder).Falls die Einstufung in einer der genannten Kriterien gewünscht wird, sind hierzu die notwendigen Angaben zu machen und entsprechende Nachweise vorzulegen.
- (5) Über die Aufnahme der angemeldeten Kinder entscheidet die Stadt Pfaffenhofen a. d. ILM. Die Gründe für die getroffene Entscheidung sind festzuhalten. Die Personensorgeberechtigten werden von der Aufnahme oder Nichtaufnahme verständigt.
- (6) Die Aufnahme von Geschwisterkindern erfolgt, wenn gewünscht und möglich, in derselben Einrichtung.
- (7) Die Aufnahme in die Kindertageseinrichtung erfolgt für die in der Stadt Pfaffenhofen a. d. ILM wohnenden Kinder unbefristet.
- (8) Kinder, die ihren Wohnsitz in umliegenden Gemeinden haben, können aufgenommen werden, wenn keine weiteren Anmeldungen für Pfaffenhofener Kinder vorliegen.
Die Aufnahme von nicht in der Stadt Pfaffenhofen a. d. ILM wohnenden Kindern kann widerrufen werden, wenn der Platz für ein in der Stadt wohnendes Kind benötigt wird.
- (9) Ändert sich innerhalb der Dauer des Betreuungsverhältnisses der Wohnsitz des Kindes, ist die Stadt Pfaffenhofen a. d. ILM unverzüglich darüber zu informieren.
- (10) Kommt ein Kind nicht zum angemeldeten Termin und wird es nicht schriftlich entschuldigt, wird der Platz im nächsten Monat nach Maßgabe des Absatzes 13 anderweitig vergeben.
- (11) Eine regelmäßige Aufnahme von Kindern für weniger als einen Monat oder für wesentlich von den zugelassenen Buchungszeiten abweichende Zeiten ist grundsätzlich nicht möglich.

- [12] Ein Rechtsanspruch auf eine bestimmte Kindertageseinrichtung besteht nicht.
- [13] Nicht aufgenommene Kinder werden auf Antrag in eine Vormerkliste eingetragen. Bei frei werdenden Plätzen erfolgt die Reihenfolge ihrer Aufnahme nach den Kriterien in Absatz 4, innerhalb derselben Kriterien nach dem Zeitpunkt der Antragstellung.
- [14] Mit der Anmeldung erkennen die Personensorgeberechtigten diese Satzung und die Gebührensatzung an.
- [15] Freie Plätze für Behinderte in Integrationsgruppen bzw. Inklusionsgruppen werden ausschließlich an behinderte Kinder und die von Behinderung bedrohten Kinder vergeben, denen gemäß § 35 a SGB VIII oder gemäß Art. 53 Abs. 1 des Bayerischen Kinder- und Jugendhilfegesetzes oder gemäß § 53, § 54 SGB XII hierfür Eingliederungshilfe gewährt wird. Sind nicht genügend freie Plätze für Behinderte verfügbar, wird eine pädagogische Auswahlentscheidung getroffen. Hierbei werden insbesondere Art und Maß der Behinderung unter Beachtung der Art der Behinderung der bereits in der Einrichtung aufgenommenen Kinder berücksichtigt.
- [16] Pflegepersonen, die nach den Bestimmungen des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) zur Vertretung in der Ausübung der elterlichen Sorge berechtigt sind (Pflegeeltern), stehen im Rahmen ihrer Vertretungsmacht den Personensorgeberechtigten gleich.

§ 5

Abmeldung; Ausscheiden

- [1] Das Ausscheiden aus der Kindertageseinrichtung erfolgt durch schriftliche Abmeldung seitens der Personensorgeberechtigten.
- [2] Die Abmeldung ist jeweils zum Monatsende unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen in schriftlicher Form zulässig. Kinder können für den Zeitraum der letzten drei Monate des Betreuungsjahres nicht abgemeldet werden, d. h. eine Kündigung ist nur bis spätestens 31.05. möglich. Die Abmeldung zum Ende der Monate Juni, Juli und August ist nur bei einem nachgewiesenen Wohnortwechsel möglich.

§ 6

Ausschluss

- [1] Ein Kind kann vom weiteren Besuch der Kindertageseinrichtung ausgeschlossen werden, wenn
- a) das Kind innerhalb von drei Monaten insgesamt über zwei Wochen unentschuldig gefehlt hat;
 - b) das Kind wiederholt nicht pünktlich gebracht oder abgeholt wurde;
 - c) erkennbar ist, dass die Personensorgeberechtigten an einem regelmäßigen Besuch ihres Kindes nicht interessiert sind;
 - d) das Kind aufgrund schwerer Verhaltensstörungen sich oder andere gefährdet, insbesondere wenn eine heilpädagogische Behandlung angezeigt erscheint oder seinem Entwicklungsstand nach für den Besuch einer Kindertageseinrichtung dieser Art noch nicht geeignet ist,
 - e) die Personensorgeberechtigten mit ihren Zahlungsverpflichtungen für mindestens zwei Monate im Rückstand sind,
 - f) die Mitwirkung und Mitarbeit durch die Personensorgeberechtigten dauerhaft verweigert wird und die Zusammenarbeit im Rahmen der Erziehungspartnerschaft grundlegend gestört ist.
- [2] Vor dem Ausschluss sind die Personensorgeberechtigten des Kindes und auf deren Antrag der Beirat (§ 3) zu hören.

§ 7

Krankheit, Anzeige

- [1] Kinder, die erkrankt sind, dürfen die Kindertageseinrichtung während der Dauer der Erkrankung nicht besuchen.

- (2) Bei einer ansteckenden Krankheit ist die Kindertageseinrichtung unverzüglich zu benachrichtigen; in diesem Fall kann verlangt werden, dass die Genesung durch Bescheinigung des behandelnden Arztes oder des Gesundheitsamts nachgewiesen wird.
- (3) Absatz 2 gilt entsprechend, wenn ein Mitglied der Wohngemeinschaft des Kindes an einer ansteckenden Krankheit leidet.
- (4) Erkrankungen sind der Kindertageseinrichtung unverzüglich unter Angabe des Krankheitszustandes mitzuteilen; die voraussichtliche Dauer der Erkrankung soll angegeben werden.

§ 8 Öffnungszeiten

- (1) Die Kindertageseinrichtungen sind individuell entsprechend ihrer Einteilung bzw. der Besuchszeiten geöffnet.
- (2) Näheres wird in jeder Kindertageseinrichtung durch Aushang bekanntgegeben.

§ 9 Verpflegung

- (1) Kinder, die die Kindertageseinrichtung besuchen, können in der Kindertageseinrichtung ein Mittagessen einnehmen.
- (2) Die Teilnahme am Mittagessen ist für Hortkinder verpflichtend.

§ 10 Schließungen

- (1) Die Kindertageseinrichtungen werden im Jahr für maximal 30 Tage geschlossen. Darüber hinaus kann der Betrieb während der Schulferien durch Zusammenlegung von Gruppen oder Schließung einzelner Kindertageseinrichtung beschränkt werden. Die Schließungen werden so festgelegt, dass die Kindergartenkinder bei Bedarf in einen anderen städtischen Kindergarten gebracht werden können. In den festgelegten Sommer- und Winterferien können alle städtischen Kindertageseinrichtungen gleichzeitig zwei Wochen schließen. Vor den Sommer- und Winterschließungen endet die Betreuungszeit um 15.00 Uhr.
- (2) Die Schließtage sind mindestens ein Vierteljahr im Voraus durch Aushang in den Kindertageseinrichtungen bekannt zu machen.
- (3) Die Kindertageseinrichtungen sind an gesetzlichen Feiertagen, am 24. Dezember und am 31. Dezember geschlossen. Am Faschingsdienstag endet die Öffnungszeit um 12.00 Uhr.
- (4) Wird die Kindertageseinrichtung auf Anordnung der Gesundheitsbehörde, aufgrund eines behördlichen Betretungs- und/oder Betreuungsverbots oder aus anderen zwingenden Gründen oder nach vorheriger mindestens vierwöchiger Ankündigung geschlossen, haben die Personensorgeberechtigten keinen Anspruch auf Aufnahme des Kindes in eine andere Kindertageseinrichtung oder auf Schadensersatz oder einen vergleichbaren Anspruch. Die Benutzungsgebühren sind weiterhin in vollem Umfang zu entrichten. Sollte eine Gebührenentscheidung durch eine übergeordnete Behörde getroffen werden, wird diese schnellstmöglich umgesetzt.
Im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten werden die Kinder jedoch in einer anderen Kindertageseinrichtung aufgenommen, wenn die Personensorgeberechtigten dies wünschen und dies im Rahmen der Vorgaben möglich ist.

§ 11 Besuchsregelung

- (1) Die Personensorgeberechtigten sind verpflichtet, für einen regelmäßigen und kontinuierlichen Besuch unter Beachtung der maßgeblichen Öffnungszeiten der besuchten Kindertageseinrichtung zu sorgen. Die Leitung legt im Benehmen mit dem pädagogischen Personal generell fest, bis zu welchem Zeitpunkt die Kinder spätestens zu bringen und frühestens abzuholen sind. Über Ausnahmen und Abweichungen im Einzelfall entscheidet die Leitung.

- (2) Kann ein Kind die Kindertageseinrichtung nicht besuchen oder erst später gebracht werden, ist die Kindertageseinrichtung unverzüglich zu verständigen.
- (3) Die Personensorgeberechtigten haben für die Betreuung der Kinder in der Krippe und im Kindergarten auf dem Weg zur und von der Kindertageseinrichtung zu sorgen. Kinder dürfen nur von den Personensorgeberechtigten oder schriftlich von diesen bevollmächtigten – geeigneten – über 12 Jahre alten Personen gebracht und abgeholt werden.
Die Personensorgeberechtigten übergeben die Kinder zu Beginn der Betreuungszeit dem pädagogischen Personal der Kindertageseinrichtung und holen sie nach Beendigung der Betreuungszeit beim pädagogischen Personal der Kindertageseinrichtung wieder ab. Die Aufsichtspflicht des Personals beginnt mit der Übernahme der Kinder durch die persönliche Begrüßung in den Räumen der Kindertageseinrichtung und endet mit der Übernahme der Kinder durch die Personensorgeberechtigten oder abholberechtigten Personen.
- (4) Im Kinderhort kommen die Kinder selbstständig von der Schule in den Hort. Die Aufsichtspflicht des pädagogischen Personals im Hort beginnt mit der persönlichen Begrüßung und endet mit der persönlichen Verabschiedung des Kindes beim pädagogischen Personal. Für die Betreuung der Kinder auf dem Weg von und zu der Kindertageseinrichtung (Hort) haben die Personensorgeberechtigten zu sorgen. Die Aufsichtspflicht auf dem Hin- und Rückweg liegt demnach nicht beim pädagogischen Personal. Sollen Hortkinder den Heimweg alleine antreten, bedarf es zuvor einer schriftlichen Erklärung der Personensorgeberechtigten gegenüber der Einrichtungsleitung.
- (5) Wird ein Kind nicht innerhalb einer Stunde nach dem Ende der Öffnungszeiten abgeholt und sind die Personensorgeberechtigten nicht erreichbar, ist das diensthabende Personal angewiesen, eine für die weitere Betreuung des Kindes erforderliche und angemessene Regelung zu treffen. Die durch eine verspätete Abholung oder Nichtabholung entstandenen Kosten werden von den an die jeweiligen Personensorgeberechtigten verlangt weiterverrechnet.
- (6) Bei Veranstaltungen für Familien und Eltern außerhalb der regelmäßigen Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtung bleibt die Aufsichtspflicht bei den Personensorgeberechtigten.

§ 12

Buchungsregelung

- (1) Die Mindestbuchungszeit beträgt 20 Stunden pro Woche (an mindestens vier Tagen). Buchungszeiten unter 20 Stunden pro Woche sind nicht möglich.
- (2) Innerhalb einer Woche wechselnde Buchungszeiten werden auf den Tagesdurchschnitt der Fünf-Tage-Woche umgerechnet.
- (3) Bis zum 15. Mai des vorauslaufenden Betreuungsjahres müssen verbindliche Buchungszeiten angegeben werden.
- (4) Eine Erhöhung der Buchungszeit im Rahmen der Öffnungszeiten ist schriftlich mit einer Frist von zwei Wochen zum Ende des Kalendermonats zu erklären. Während des Jahres ist eine Erhöhung der Buchungszeiten nur im gegenseitigen Einvernehmen möglich. Es ist keine Garantie auf Erhöhung der Buchungszeit gegeben. Ein Wechsel, der zu einer Verkürzung der bisherigen Buchungszeit führt, ist abweichend hiervon nur mit einer Frist von acht Wochen zum Ende eines Betreuungsjahres (31. August) und zum 1. März des jeweiligen Betreuungsjahres möglich.

§ 13

Gebühren

Für die Benutzung der städtischen Kindertageseinrichtungen werden Benutzungsgebühren nach Maßgabe einer eigenen Gebührensatzung erhoben.

§ 14

Mitarbeit der Personensorgeberechtigten; Sprechzeiten und Elternabende

- (1) Die Mitarbeit der Personensorgeberechtigten ist in der Kindertageseinrichtung erwünscht. Die Personensorgeberechtigten unterstützen durch eine aktive Mitwirkung die Erziehung der Kinder zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten (§ 1 Abs. 1 SGB VIII). In diesem Rahmen werden die Kinder vor Gefahren geschützt, ihnen wird aber auch durch eine wachsende Risikokompetenz ermöglicht, Gefahren zu erkennen und sich altersgerecht vor Gefahren selbst zu schützen.
- (2) Eine wirkungsvolle Bildungs- und Elternarbeit hängt entscheidend von der verständnisvollen Mitarbeit und Mitwirkung der Personensorgeberechtigten ab. Diese sollen daher regelmäßig die Elternabende besuchen und auch die Möglichkeit wahrnehmen, die regelmäßig veranstalteten Sprechstunden zu besuchen.
- (3) Die Termine der Elternabende werden durch Aushang in der Kindertageseinrichtung bekannt gegeben. Zudem können Sprechzeiten schriftlich oder mündlich vereinbart werden.

§ 15

Unfallversicherungsschutz

Kinder in Kindertageseinrichtungen sind bei Unfällen auf dem direkten Weg zur oder von der Einrichtung, während des Aufenthalts in der Einrichtung und während Veranstaltungen der Einrichtung im gesetzlichen Rahmen unfallversichert. Die Personensorgeberechtigten haben Unfälle auf dem Weg unverzüglich zu melden.

§ 16

Haftung

- (1) Die Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm haftet für Schäden, die im Zusammenhang mit dem Betrieb der Kindertageseinrichtung entstehen, nur im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.
- (2) Unbeschadet von Absatz 1 haftet die Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm für Schäden, die sich aus der Benutzung der Kindertageseinrichtung ergeben, nur dann, wenn einer Person, deren sich die Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen bedient, Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt. Insbesondere haftet die Stadt nicht für Schäden, die Benutzern durch Dritte zugefügt werden.

§ 17

Inkrafttreten

- (1) Die Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Pfaffenhofen a.d. Ilm über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen (Kindertageseinrichtungssatzung) vom 19.04.2018 außer Kraft.

Pfaffenhofen a. d. Ilm, 10.12.2020

Thomas Herker
Erster Bürgermeister